



ÜB Bürgerallianz
Konzept für die Stadtentwicklung
mit Blick auf die Gemeinderatswahl 2024

*Wir, die Verfasser dieser Schrift, sind Bürgerinnen und Bürger von Überlingen.
Mit den hier formulierten Sorgen und Zielvorstellungen sprechen wir alle Parteien an.*

Was uns bewegt:

Bürger äußern über den Gemeinderat, man werde zwar immer angehört, aber manchmal zu wenig unterstützt.

Die GemeinderätInnen haben das Empfinden, dass ihre zeitaufwändige und anspruchsvolle Arbeit von den Bürgern zu wenig anerkannt wird; von der Verwaltung fühlen sie sich manchmal schlecht informiert oder übergangen.

Und von der Stadtverwaltung erfahren wir, dass sie auf Grund der Personalnot der Arbeitsflut und bürokratischer Hürden den Forderungen ungeduldiger Bürger nicht immer nachkommen könne.

Die herausfordernde Klima-Anpassung und der gesellschaftliche Wandel können nur gelingen, wenn die Bürger auf diesem schwierigen Weg mitgenommen werden.

Wir sehen die absolute Notwendigkeit, unsere Stadt gegen den Klimawandel, die Wirtschaftskrise und soziale Konflikte zu wappnen. Dafür braucht es den Einsatz Aller, die Bereitschaft, Dinge zu ändern und in der Gemeinde zusammenzustehen.

Die Einrichtung eines Bürgerrates mit beratender Funktion ist nach den Erfahrungen in anderen Kommunen eine gute Voraussetzung. Diese Form der direkten Demokratie wird inzwischen in zahlreichen Städten Deutschlands, unter anderem in Lindau, Konstanz und Tengen praktiziert. Unsere Überzeugung ist, dass mit der Hilfe von Bürgerräten viele Projekte schneller umgesetzt werden und der Gemeinderat in seiner Arbeit entlastet wird.

Unser gedanklicher Ansatz:

Die Bürger, der Gemeinderat und die Stadtverwaltung entwickeln die Stadt Überlingen gemeinsam in Achtung des historischen Erbes, und geben dabei dem Bedarf der gesamten Gemeinde, dem Schutz der Umwelt und des Klimas und dem Erhalt des besonderen Charakters Überlingens die höchste Priorität. Der Dialog in der gemeinsamen Planung ist offen und transparent, die Entscheidungsträger berücksichtigen die Bedürfnisse aller Beteiligten gleichermaßen, behandeln die Argumente fair, geben Raum für Diskussionen in strittigen Punkten, fällen Entscheidungen erst nach gründlicher Betrachtung.

Allen Entscheidungen sollte dieser gedankliche Ansatz vorangestellt sein, damit auf diese Weise eine explizite Verknüpfung zwischen Einzelmaßnahmen und angestrebter Gesamtentwicklung hergestellt wird.

Selbstverständlich bedarf eine nachhaltige Stadtentwicklung auch eines realistischen und zwingenden Finanzrahmens. Sämtliche Planungen sollten im Namen der finanziellen Möglichkeiten (ohne überbordende Verschuldung) eher bescheidener sein, damit die Vorhaben auch effektiv im angestrebten Zeitrahmen durchgeführt werden können.

Überlingen, Mai 2024

Das ist uns wichtig!

Für die Stadtentwicklung der Zukunft wollen wir, dass die kommenden Mitglieder des Gemeinderates in Sachen

1. Bürgerbeteiligung und Transparenz

- **mehr auf die Anliegen der Bürger eingehen, sie nicht nur anhören, sondern ihre Forderungen offen diskutieren und die Teilhabe ermöglichen,**

Anmerkung:

Bei den Bauprojekten Laserklinik und Fischerhäuservorstadt wurden Anregungen und konstruktive Vorschläge der betroffenen Einwohner im Ganzen abgelehnt,



Beim Bauprojekt Rauensteinpark forderten Bürger einhellig in 151 Einsprüchen, auf jegliche Bebauung des Parks zu verzichten. Diese Forderung kam vor der Ratsentscheidung nicht zur Sprache. Der Rat stimmte mit einem reduzierten Entwurf für die Weiterverfolgung der Bauplanung. Der Einwohnerantrag, auf eine Bebauung des Parks zu verzichten, wurde bis heute nicht beantwortet.

Die Ergebnisse der Klimawerkstatt wurden im Oktober 2023, entgegen der Zusicherung, von der Verwaltung nicht vorgestellt und diskutiert. Es wurde den Bürgern keine echte Teilhabe am Klimakonzept gewährt.

- **bei Projekten nicht nur externe Beraterfirmen sondern auch ehrenamtliche Experten aus der Bürgerschaft einbeziehen, denn mit ihrer Fach- und Ortskenntnis sind sie in vieler Hinsicht näher am örtlichen Bedarf und am Puls der Bürger, ihr Mitwirken kann Fehlentscheidungen und Kosten sparen, Anmerkung:**

Eine Bürgerinitiative mit Fachleuten, die jahrelang eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Gymnasiums betrieben hatte, musste die Anlage abbauen.

Eine Absage erhielten auch zahlreiche Bürger, die unter Leitung von Energie-Experten eines Vereins das Wasserwerk am Mantelhafen reaktivieren und betreiben wollten. - Siehe Thema Energieversorgung.

- **eine offene Informationspolitik betreiben, dafür sorgen, dass gefasste Beschlüsse, offengelegt werden, wenn sie die Belange der Bürger betreffen,**

Anmerkung:

Bürger kritisierten Anfang 2023 die mangelnde Transparenz der Stadtverwaltung, weil sie bereits während des laufenden Bebauungsplanverfahrens Rauenstein-Ost einen Grundstückstausch mit einem Schweizer Investor vorgenommen hatte. Der Vertrag wurde im Namen der Bürger noch vor Ablauf des Planungsverfahren notariell abgeschlossen und sein Inhalt wurde erst auf Druck der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Herbst 2023 - Der Schulleiter des Gymnasiums Überlingen schrieb in einem Brandbrief, dass er jahrelang mit dessen Neuplanung beschäftigt worden sei, er aber nicht in die aktuellen Überlegungen mit eingebunden werde. Er kritisierte das Vorgehen als „intransparent“ und er befürchtet, dass den Beschlüssen keine Taten folgen.

- **mit Bürgerräten, eine neue Form der Bürgerbeteiligung in Überlingen einführen,**
Anmerkung: Ein Bürgerrat wird durch ein Losverfahren bestimmt. Er berät über ein Projekt, gibt Empfehlungen an den Gemeinderat weiter, der dazu einen Beschluss fasst (Konstanz: Bürgerbudget, Klima-Bürgerrat, Tengen: Aktualisierung des Leitbildes der Stadt/Verpachtung von städtischen Grundstücken für Windräder, Lindau: („Projektschmiede“, Jugendbudget, Gestaltung „Karl- Bever-Platz“).

Ziel ist,

in Überlingen den Einfluss der Bürger auf das politische Geschehen zu verbessern, den Rat bei seiner Arbeit zu entlasten und Kosten zu sparen, demokratische Prozesse zu beschleunigen, das Vertrauen in unsere Stellvertreter zu stärken, die Zufriedenheit und das WIR-Gefühl der Bürger zu fördern (siehe: ein Effekt der Landesgartenschau), den Zusammenhalt und Konsens der Stadtgemeinschaft zu stärken und unsere Stadt enkelgerecht zu machen.

2. Klima und Umweltschutz

- **dafür sorgen, dass der bereits bestehende Klimaschutzmasterplan von 2018 mit den Ergebnissen der Klimawerkstatt ergänzt und umgesetzt wird,**
- **die Verwaltung dazu bewegen, dass sie sich aktiv um Klimaschutz-Projekte kümmert, den Rat rechtzeitig darüber informiert und daran teilnimmt,** *Anmerkung: Der Landkreis Bodenseekreis nahm ab März 2021 an dem Klimaschutzprojekt LoKlim teil und die Kreisgemeinden waren eingeladen, sich dem vom Land geförderten Projekt anzuschließen. Der Rat hätte darüber entscheiden müssen. Zwar war ein Vertreter der Stadt im September 2021 bei einer Fortbildung zu LoKlim, aber den meisten Ratsmitgliedern war im Februar 2022 noch nicht bekannt, was LoKlim ist.*
- **Parks und Grünflächen wie der Rauensteinpark und das Areal Rauenstein Ost unverbaut erhalten, denn sie sind biodiverser Lebensraum, Naturdenkmal, Wasserspeicher, Frischluftschneise, Sauerstofflieferant und Schattenspender...,**
- **das Prinzip der „Schwammstadt“ nicht nur für das Neubaugebiet Südlich Härten vorsehen, sondern auch in anderen Stadtteilen Flächen entsiegeln und begrünen lassen, zum Schutz vor Starkregen und Dürreperioden (siehe Kramer-Areal),**

Ziel ist,

**die Gesundheit und Lebensqualität der Bürger zu erhalten,
künftig die Vielfalt von Pflanzen und Tieren in den Grünzonen zu bewahren,
das Mikroklima zu verbessern, Luftschneisen zu erhalten und zu erweitern,
unsere Stadt gegen Hitze, Dürre und Starkregen zu schützen, und damit
klimaresilient zu machen,
die Kommunikation in Sachen Klimaschutz zu fördern
und in Überlingen so früh wie möglich Klimaneutralität zu erreichen.**

3. Bauen und Wohnen

- **eine klima-, sozial- und umweltgerechte Bauleitplanung in Überlingen betreiben, die nicht in erster Linie den Interessen von Investoren folgt, sondern die Schutzinteressen und die Lebensqualität der Bürger im Blick hat,** *Anmerkung: Im vergangenen Jahr veröffentlichte die Verwaltung eine Stellungnahme des statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg, darin heißt es, in Überlingen seien in den vergangenen 12 Jahren 1430 Wohnungen errichtet worden, 497 hätten jedoch ausgereicht. Die Stadt meint, bis 2030 läge der Baubedarf bei 900 Wohneinheiten, doch diese wird allein durch die Bebauung am „Schättlisberg“ mit 180 Wohnungen, „Südlich Härten mit 100“ und auf dem „Kramer-Areal“ mit 650 Wohnungen weitgehend abgedeckt.*

- **das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) von 2015 mit Bürgerbeteiligung aktualisieren und umsetzen,**
Anmerkung: ISEK in Überlingen schreibt auf 20 Jahre die Ziele und Maßnahmen für die Stadtentwicklung vor. Es wurde in einem partizipativen Prozess erarbeitet.)
- **aus Klimaschutz- und Spargründen öffentliche Bauten möglichst erhalten,**
Anmerkung: Für die Dachreparatur der Realschul-Turnhalle waren 300 000 Euro veranschlagt. Die Halle wurde abgerissen. Für einen Neubau waren 3 Mio. Euro vorgesehen. Das 2018 errichtete Gebäude kostete schließlich 25 Mio. Euro.
- **bestehenden Baubestand für bezahlbaren Wohnraum nutzen,**
Anmerkung: Die Gemeinde Hiddenhausen/Steinhagen in NRW hat ein Konzept gegen Wohnungsnot entwickelt. Unter dem Motto „Jung kauft Alt“ unterstützt sie seit 2007 junge Familien. Im Verbund mit Wohnbaugesellschaften, Banken, Maklern, Planern und Architekten, werden die jungen Leute beim Kauf und Umbau älterer Wohnungen von der Kommune finanziell unterstützt - 15 Familien jährlich/ 119 bis 2023 – die Stadt verzichtet dafür auf Neubaugebiete.
- **klimagerecht und nachhaltig bauen,**
Anmerkung: Die Baugenossenschaft Überlingen liefert ein Vorbild für energieeffizientes Bauen. Das Pilotprojekt Stadtquartier 2050 leistet einen Beitrag zur CO₂-neutralen Energieversorgung. Dazu gehören u.a. ein Nahwärmenetz mit erneuerbarer Energie und neue Dämmprodukte.
- **den Beschluss, spitälische Grundstücke nur in Erbpacht zu vergeben, in allen Fällen einhalten, denn nur dann kann sozialgerechter Wohnungsbau wirksam gesteuert werden,**
Anmerkung: „Ulmer Modell“ – Die Stadt Ulm betreibt seit fast 130 Jahren eine ungewöhnliche Baustrategie. Jedes Jahr werden Grundstückskäufe getätigt. Der Stadt gehören inzwischen 1/3 der Fläche. Ziel ist, genügend Baugrund zu besitzen um aktive Stadtentwicklung zu betreiben. Verkauft wird nicht an den Meistbietenden. Bezahlbarer Wohnraum hat Vorrang und geht an Personen/Familien, die ihn benötigen. Ulm hat sich ein Wiederkaufsrecht gesichert. Nicht bebaute Grundstücke gehen nach einer bestimmten Zeit wieder zum gleichen Preis an die Stadt zurück. Damit wird Spekulation verhindert.

Ziel ist,

**Überlingen mit den durchgrünten Wohnvierteln zu einer klimaresilienten Stadt zu entwickeln und die Altstadt zu beleben,
die historisch gewachsenen Baustrukturen zu bewahren und in den Stadtteilen ein ausgeglichenes soziales Klima zu schaffen.**

4. Energieversorgung

- **eine Neubewertung der Energieversorgung in Überlingen vornehmen, denn politische Konflikte, der Klimaschutz und die Energiekrise erfordern eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie. Kommunale Projekte sollten sich an beispielhaften Lösungen anderer Gemeinden orientieren und BürgerInnen als auch Bürgerinitiativen einbeziehen,**

Anmerkung: In Uhltingen-Mühlhofen berät die Bürgerenergiegenossenschaft im Arbeitskreis „Energie und Umwelt“ die Gemeindeverwaltung bei der Entwicklung von Konzepten und deren Umsetzung, z.B. Reaktivierung der Wasserkraftanlage in Mühlhofen/jährliche Stromproduktion 400 000 kWh, Bau von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern, Nutzung industrieller Abwässer für die Wärmeversorgung...



- **(jährliche Stromproduktion bis 500 000 kWh), Anmerkung: 1276 Bürger hatten 2019 eine Petition für den Erhalt und die Nutzung der Anlage unterzeichnet. Die Stadtwerke und die Stadt lehnten eine Instandsetzung der Anlage ab. Während der Petitionsausschuss des Landtags in Stuttgart den Fall überprüfte, wurde die Druckleitung zum Andelshofer Weiher Anfang 2020 verfüllt.**
- **Dächer von kommunalen Bauten (Schulen, Turnhallen,...) mit Photovoltaik-Anlagen versehen und geeignete Parkplätze mit Solaranlagen überdachen,**
- **ein Notstromkonzept für Überlingen erstellen,**
- **in der Altstadt ein Rohrsystem verlegen lassen, das private Wärmepumpen mit Seewasser versorgt, dadurch entfallen die Kosten für teure Fernheizungsrohre,**

Ziel ist,

**die Versorgungssicherheit lokaler Stromnetze zu erhöhen,
die dezentrale Energieversorgung auszubauen,
die Energiewende mit Beteiligung der Bürger zu schaffen
und so früh wie möglich klimaneutral zu sein,**

5. Verkehr

- **die Zufahrt zur Innenstadt von allen Seiten auf das notwendige Maß beschränken mit „Anlieger frei“ kennzeichnen und durch ein Kamera-System kontrollieren,**
- **Bewohnern der Altstadt, Dienstleistern und Handwerkern zu jeder Zeit Zugang zur Innenstadt gewähren,**
Anmerkung: Die zeitweilige Schließung der Stadt und entsprechende Umleitungsempfehlungen erhöhen die Verkehrs- und Umweltbelastung. Die Stadt Ludwigshafen ändert ihr Konzept der Verkehrsberuhigung. Sie will die Fußgängerzonen in

verkehrsberuhigte Zonen umwandeln / Grund: u.a. die Wohnqualität der Anwohner zu verbessern.



Tempo 30 aus Sicherheits- und Umweltschutzgründen in allen Stadtgebieten einführen,

- *Ziel ist, Überlingen attraktiver zu machen und lebendig zu halten, damit sich die Einwohner mit ihrer Stadt identifizieren, unsere Gemeinde als wirtschaftliches Mittelzentrum und als anziehenden Touristenort zu erhalten und weiter zu entwickeln,*

6. Kultur und Kunst

- *sich dafür einsetzen, dass die Kapuzinerkirche als öffentliche Kultureinrichtung erhalten und wieder nutzbar gemacht wird,*
- *das kulturelle Leben in Überlingen, das von vielen Privatinitiativen geprägt wird, stärker fördern, indem für Kunst- und Kulturschaffende weitere Veranstaltungsräume nutzbar gemacht werden,*
- *den Kultur-Etat im nächsten Doppelhaushalt 2024/2025 aufstocken,*
- *Ziel ist, durch das Zusammenwirken von privaten Initiativen und städtischer Förderung in Überlingen eine kulturelle Vielfalt zu schaffen.*

7. Schutz und Sicherheit

- *für den Katastrophenfall angepasste Notfallpläne erarbeiten,*

Ziel ist, den Einwohnern im Katastrophenfall Schutz und Sicherheit zu bieten, in den Stadtteilen über dezentrale Versorgungsnetze zu verfügen.